

## Fahrenschon nennt Kauf der HGAA „einen Fehler“

Auf Druck der Grünen im Landtag hat Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) den ihm seit Ende Mai vorliegenden Bericht einer von ihm eingesetzten Sonderprüferin zum Kauf der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) durch die Bayerische Landesbank veröffentlicht. In diesem übt die Prüferin massive Kritik an der Vorgehensweise des Bankvorstandes und seines Verwaltungsrates. „Aufgrund des dargestellten Sachverhalts ist es fraglich, ob die Beteiligten ihrer Sorgfaltspflicht gerecht wurden“, urteilte die Prüferin zusammenfassend über den HGAA-Kauf, durch den der Freistaat rund sechs Milliarden Euro zu verlieren droht.

Allerdings nahm die Prüferin ihre detaillierten Bewertungen drei Monate später nach einer mehrstündigen Verwaltungsratssitzung der BayernLB als „obsolet“ zurück. In der Sitzung hätten Vorstand und Verwaltungsrat erläutert, dass sie sich intensiv mit den Risiken des Kaufs auseinandergesetzt hätten. Für Fahrenschon ist die Angelegenheit damit insofern erledigt, als es beim Kauf der HGAA im Mai 2007 zumindest nach damaligem Kenntnisstand nichts auszusetzen gibt. Durch die Widerrufserklärung der Prüferin sieht er den Vorwurf entkräftet, die Risiken des HGAA-Kaufes seien seinerzeit nicht ausreichend beleuchtet worden. Die staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen zu dem Deal wolle er dennoch weiter unterstützen. „Im Lichte der heutigen Entwicklung muss man allerdings sagen, dass der Kauf der HGAA falsch war“, betonte Fahrenschon jedoch.

Die Grünen, die mit ihrer Ankündigung, den ihnen zugespielten Prüfbericht zu veröffentlichen, Fahrenschons Coming-Out provoziert hatten, wollen aber weder den Minister, der wegen seiner bruchstückhaften Informationspolitik nach Ansicht des Abgeordneten Sepp Dürr „Mitspieler in diesem Schurkenstück“ ist, noch die damals handelnden Personen aus der Verantwortung lassen.

> JÜRGEN UMLAUFT

Alexander Thal, Geschäftsführer des Bayerischen Flüchtlingsrats, über Asylpolitik in Zeiten der Wirtschaftskrise

## „Die Unterbringung ist erbärmlich“

**Sind Sammelunterkünfte für Flüchtlinge preiswerter als eigene Wohnungen? Darüber streitet derzeit der Bayerische Flüchtlingsrat mit Bayerns Sozialministerium. Doch es geht um mehr. Die Unterbringung führt laut Geschäftsführer Thal häufig zu erheblichen gesundheitlichen Schäden.**

**BSZ Herr Thal, betreiben Sie „Volksverdummung im großen Stil“? Das behauptet Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU).**

THAL Diesen Vorwurf sehe ich gelassen. Wir haben für unser Gutachten, in dem wir die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen und in Lagern verglichen haben, sehr gründlich recherchiert. Ich gehe davon aus, dass diese Zahlen korrekt sind – natürlich nur soweit, wie sie überhaupt korrekt sein können, da wir mit einer Schätzung der Lagerkosten arbeiten mussten.

**BSZ Laut einer Berechnung Ihres Verbands spart der Freistaat 13,6 Millionen Euro, wenn alle Flüchtlinge in eigenen Wohnungen leben würden. Warum hat das Sozialministerium niedrigere Beträge errechnet?**

THAL Als wir das Gutachten veröffentlicht hatten, hat das Sozialministerium offenbar noch einmal in seinem Haushalt recherchiert. Die Mitarbeiter haben dabei aber wohl weitgehend nur die Liegenschaften ins Visier genommen. Es fehlen in der Aufstellung des Ministeriums wichtige Posten wie die Kosten für den Hausmeister, Frisch- und Abwasser sowie Müllgebühren und Heizkosten. Doch gerade Letztere fallen ins Gewicht. Schließlich sind



Alexander Thal ist der Geschäftsführer des von allen von Spenden finanzierten Bayerischen Flüchtlingsrates.

die Flüchtlingsunterkünfte in Bayern in einem erbärmlichen Zustand. Das sind in der Regel uralte Gebäude, die sehr schlecht isoliert sind. Da verpufft wahnsinnig viel Energie.

**BSZ Leverkusen bringt seine Flüchtlinge kostensparend in privaten Wohnungen unter. Ist das Modell auf bayerische Städte übertragbar?**

THAL Das ist eins zu eins übertragbar. Alle Städte und Landkreise richten sich nach demselben Bundesgesetz. Bayern hat jedoch zur Umsetzung dieses Bundesgesetzes ein eigenes Landesgesetz geschaffen, darin allerdings die Unterbringungsmodalitäten massiv verschärft. Als Folge wird die Unterbringung in Sammelunterkünften sehr rigide gehandhabt, während die Unterbringung in Lagern in anderen Bundesländern mittlerweile so gut wie überhaupt nicht mehr vorkommt. Das Ganze liegt allein im Ermessen des Freistaats. Er könnte jederzeit das Gesetz ändern.

**BSZ Im Innenministerium rechtfertigt man die Sammelunterkünfte damit, dass so der Ausreisepressure auf die Flüchtlinge erhöht werden soll.**

THAL Jemandem, der das sagt, empfehle ich, einfach mal einen Blick in die Unterkünfte zu werfen. Nehmen sie zum Beispiel die Tausenden Flüchtlinge aus dem Irak, von denen viele in diesen Lagern leben. Bei ihnen kommt weder eine Abschiebung noch eine Ausreise in Betracht. Deshalb ist es inhuman, diese Menschen so unter Druck zu setzen. Sie werden dadurch nur krank, ausreisen können sie trotzdem nicht.

**BSZ Welche gesundheitlichen Folgen können das sein?**



Der Bayerische Flüchtlingsrat hält die Unterbringung in Sammelunterkünften für zu teuer.

FOTO DDP

THAL Flüchtlingslager machen krank – sowohl körperlich als auch psychisch. Sie zermürben Menschen, die nach ihrer Flucht mit der Hoffnung auf Sicherheit und eine Perspektive nach Deutschland kommen. Sie kommen mit viel Energie an. Nach ein paar Jahren in den Lagern sind jedoch viele von ihnen gebrochene Menschen, die es kaum mehr schaffen, ihren Alltag zu bewältigen.

**BSZ Entsteht nicht auch ein immenser Schaden für die deutsche Volkswirtschaft? Schließlich flüchten oft gut ausgebildete Menschen.**

THAL Genauso ist es. Nehmen sie das Beispiel eines Äthiopiens, der mehr als elf Jahre in bayerischen Flüchtlingslagern verbracht hat, bevor er schließlich eine Aufenthaltserlaubnis bekam. Der hat jetzt natürlich keine Chance mehr. Denn wer stellt bitte schon einen Menschen ein, der elf Jahre Lücke in seinem Lebenslauf hat? Stattdessen muss er jetzt wie so viele andere auf Kosten des Steuer-

zahlers umgeschult und weiterqualifiziert werden.

**BSZ Wie kann man das ändern?**

THAL Würde man den Flüchtlingen gleich erlauben zu arbeiten, würden insbesondere die vielen Hochqualifizierten sehr rasch unterkommen. Doch heute lässt man sie jahrelang in der Warteschleife und drängt sie in eine passive Abhängigkeit von Sozialleistungen.

**BSZ Derzeit berät die Innenministerkonferenz, ob Zehntausende Flüchtlinge, die noch keinen Job haben, trotzdem bleiben können. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hat im Vorfeld angekündigt, er wolle hier hart bleiben.**

THAL Das ist eine perfide Strategie. Man nimmt den Leuten über Jahre hinweg die Möglichkeit zu arbeiten. Und dann heißt es plötzlich: Wenn ihr selber für euren Lebensunterhalt sorgen könnt, dann dürft ihr auch bleiben. Wie soll das angesichts des vor-

herigen Zwangs zur Untätigkeit gehen?

**BSZ Welche Rolle spielt dabei derzeit die Wirtschaftskrise?**

THAL Die wirtschaftlich schwierigen Bedingungen erschweren die Lage der Flüchtlinge noch weiter. Deswegen muss die Bleiberechtsregelung dringend verändert werden. Es darf nicht zur Auflage gemacht werden, dass alle Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt selbst sichern sollen. Wenn wir erst zermürben, müssen wir dann auch helfen.

**BSZ Zurzeit sieht es so aus, dass Flüchtlinge, deren Bleiberecht ausläuft, noch zwei Jahre bleiben dürfen.**

THAL Der angestrebte Kompromiss reicht jedoch nicht aus, da er nur die Flüchtlinge betrifft, die von der Regelung aus dem Jahr 2007 betroffen sind. Viele andere Flüchtlinge bleiben jedoch außen vor.

Interview: TOBIAS LILL, ALEXANDRA KOURNIOTI

Das Volksbegehren Nichtraucherschutz war ein Erfolg

## Eine weitere Watschn für die Christsozialen

„Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“ Brechts sarkastischer Seufzer aus dem Jahr 1953 könnte auch von heute stammen. Selten hat eine Regierung den klaren Willen der Bevölkerung derart verkannt wie die bayerische Landesregierung die Sehnsucht des Volkes nach rauchfreien Gaststätten. Bayern ist wieder einmal Spitze. Dass eine Regierung von der eigenen Bevölkerung zu einer elementaren Gesundheitschutzmaßnahme gezwungen werden muss, die noch dazu mit einfachsten Mitteln und völlig kostenlos zu bewerkstelligen ist, das dürfte eine weltweite Premiere sein.

Der Triumph des Volksbegehrens für Nichtraucherschutz ist nach den Wahlniederlagen seit dem März 2008 eine weitere Watschn für die CSU: Die Bayern haben das christsoziale Herumeiern satt. Sie wollen in der Öffentlichkeit einfach nicht mehr vom Quaal belästigt werden, Punkt. 1,3 Millionen Unterschriften sprechen eine deutliche Sprache.

Die ewigen Rückzieher der CSU von ihrem eigenen strengen Nichtraucherschutzgesetz, das am 1. Januar 2008 in Kraft trat, ein Vierteljahr später wieder relativiert und im August 2009 endgültig ausgehebelt wurde, sind vom Tisch gefegt. 13,9 Prozent der Stimmberechtigten, fast vier Prozent mehr als nötig, das ist eine klare Ansage. Und was will das renitente Volk? Dass ein CSU-Gesetz in seiner ursprünglichen Fassung in Kraft tritt!

Die Regierung beim Wort zu nehmen, war ein ebenso einfacher wie genialer Schachzug der ÖDP, die

damit den ganzen Landtag vorführt. Ausgerechnet die kleine Ökonomiepartei, die selbst nicht im Parlament sitzt, mischt den Laden ordentlich auf.

SPD und Grüne waren gerade noch so schlau, sich der außerparlamentarischen Opposition wenigstens diesmal anzuschließen. Dennoch besteht zumindest für die SPD kein Grund zum Jubeln. Wenn Kathrin Sonnenholzner von einem „Schlag für die wankelmütige CSU“ und einer „Ohrfeige für den ‚Gesundheits‘-Minister Söder“ spricht, muss man daran erinnern, dass die SPD bei diesem Volksbegehren zumindest anfangs eher die Rolle des Hundes spielte, der zur Jagd getragen werden muss.

Konsequent und ehrlich ist, ausnahmsweise, die Reaktion der CSU. Herrmann und Söder, die zuständigen Minister, lassen verlauten, man denke gar nicht daran, das Volksbegehren zu übernehmen, spricht: Es wird im Frühjahr 2010 einen Volksentscheid geben. Für einen Erlanger und einen Nürnberger ist das mutig: Mittelfranken ist beim Volksbegehren mit 17,5 Prozent mit Abstand die Avantgarde.

Ungebeugt zeigt sich auch die FDP: Man warnt weiter vor einer Spaltung der Gesellschaft und wirbt für Toleranz. Wie weit es damit her ist, hat das Volksbegehren gezeigt: Reihenweise wurden die Initiatoren und ihre Helfer beschimpft (wahlweise als Nazis und als Kommunisten) und bedroht, auch schon mal mit dem Tod: durch Vergasen, Erhängen – was einem toleranten Raucher eben so einfällt, wenn man ihm die Kippe wegnimmt. >FLORIAN SENDTNER

Lieschen Müller wird politisch: Buchpräsentation und Podiumsdiskussion im Institut für Zeitgeschichte

## Was Frauen auf den Geist geht

Michael Horlacher, CSU-Landtagsabgeordneter von 1946 bis 1950, ist der Nachwelt vor allem wegen eines Macho-Spruchs in Erinnerung geblieben: „Als Einzelne wirkt die Frau wie eine Blume im Parlament, aber in der Masse wie Unkraut“, sagte er unverblümt. Dieser Spruch wurde jetzt bei einer Podiumsdiskussion im Institut für Zeitgeschichte (ifz) rezipiert und löste sowohl Kopfschütteln als auch Gelächter unter Diskutanten und Publikum aus. Auch die zum anschließenden Gespräch geladenen Landtagsabgeordneten sowie Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU), stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Christa Naaß und Claudia Stamm (Grüne) reagierten ähnlich.

Anlass für die Gesprächsrunde war die Präsentation des Buchs *Lieschen Müller wird politisch. Geschlecht, Staat und Partizipation*, das die Wissenschaftlerinnen Christine Hikel, Nicole Kramer und Elisabeth Zellmer herausgegeben haben. Darin werden in Essays Schlaglichter auf das Verhältnis von ganz normalen Frauen zur Politik geworfen. Vom erkämpften Wahlrecht für Frauen seit 1918 bis zur Frauenbewegung in den 1970er Jahren reicht das Themenspektrum der Aufsätze. Bei der Präsentation belichtete das Herausgeberinnen-Trio den politischen Werdegang äußerst unterschiedlicher Frauen wie Gertrud Scholtz-Klink, die anno 1934 von Hitler zur Reichsfrauenführerin ernannt wurde.

Inge Scholl wiederum war die Schwester der Widerstandskämpfer Hans und Sophie Scholl und gründete die Ulmer Volkshochschule. Vielen, die in den 1970er Jahren in der Münchner Fußgängerzone unterwegs waren, ist Hannelore Mabry ein Begriff. Dort warb die Feministin nämlich für eine eigene Partei und formulierte Parolen wie: „Ob schwarz, rot, braun, bunt oder grün, gegenüber den Frauen wechselt das Patriarchat nur die Farbe.“ In ihrer Diplomarbeit im Hauptfach Soziologie beschäftigte sie sich mit der *Relevanz weiblicher parlamentarischer Arbeit für die Emanzipation der Frau*. Später veröffentlichte sie sie unter dem Titel: *Unkraut ins Parlament*.

Letzterer war eine Anspielung auf den eingangs erwähnten Horlacher-Spruch. Damit schlossen die Herausgeberinnen den Kreis in ihrer prägnanten und kurzweiligen Präsentation und leiteten an die drei Landtagspolitikerinnen mit der Frage: „Sind Sie Unkraut im Parlament?“ weiter.

Diese setzten die Veranstaltung in ebenso lockerem wie amüsantem Stil fort. Vor allem berichteten sie von ihren Anfängen in der Politik und ihrer Schwierigkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren. Freimütig bekannten sie – vor allem die seit vielen Jahren im Parlament vertretenen Barbara Stamm und Christa Naaß – dass sie ob ihres Geschlechts bei ihren männlichen Kollegen auf Schwierigkeiten gestoßen sind und weiterhin noch stoßen.

Geärgert habe sie sich jahrelang über die Frage „Was sagt denn Ihr Mann dazu?“, sagte Barbara Stamm. Irgendwann habe sie die Gegenfrage gestellt „Warum werden meine männlichen Kollegen nicht gefragt, was ihre Frauen davon halten?“ Als sie ihre jüngste Tochter 1980 auf die Welt brachte, sei ihr erster Gedanke gewesen:

„Jetzt ist meine politische Karriere zu Ende.“ Ihr zweiter lautete allerdings: „Das will ich aber nicht.“ Ihr Mann und ihre Kinder hätten ihr sehr geholfen, „dabeizubleiben“.

Dennoch sei es nicht einfach gewesen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Vor allen Dingen weiß die dreifache Mutter, dass sie viel verpasst hat: „Wenn ein Kind eine schlechte Note bekommen hatte oder krank war – ich konnte nicht immer dabei sein“, sagte Barbara Stamm. Deshalb habe sie häufig ein schlechtes Gewissen gehabt.

Auch Naaß berichtete von schlechtem Wissen und Anlaufschwierigkeiten: Die Schwiegermutter, die eigene Mutter und der Ehemann hätten sich anfänglich schwer getan mit der Politikerin im Haus. Allmählich seien aber alle in ihre Rollen gewachsen: ein stetiger Lernprozess, der bis heute andauere.

„Was sagt denn Ihr Mann dazu?“ – törichte Fragen wie diese ihr politisches Engagement betreffend, nerven Barbara Stamm schon seit Langem.



„Wo sind Ihre Kinder jetzt?“ – das ist die Hassfrage von Claudia Stamm.

FOTOS DDP, BSZ



re. Nur ihre beiden inzwischen erwachsenen Söhne hätten sie von Anfang an voll unterstützt und ihre Rolle als Politikerin akzeptiert. In den ersten Jahren sei sie täglich gegen Mitternacht von München in die mittelfränkische Heimat gefahren, um ihren Kindern ein Frühstück zu bereiten. Gegen 4 Uhr sei sie mit dem Zug zurückgefahren. Irgendwann hätten die Söhne ihr die Entscheidung abgenommen: „Mama, zum Frühstück machen, brauchst du nicht heimzukommen.“

Unangestregter scheint es in der jüngeren Abgeordneten-Generation zuzugehen: „Es war von vornherein klar, dass mein Mann mehr machen muss, wenn ich in die Politik gehe“, sagte Claudia Stamm. Sie und ihr Mann erziehen in einer Patchwork-Familie insgesamt fünf Kinder. Sicherlich sei auch ihre starke Mutter für sie ein Vorbild gewesen, sagte sie mit Blick auf Barbara Stamm. Wie Letztere hat auch Claudia Stamm eine Frage, die sie nicht mag: „Wo sind Ihre Kinder jetzt?“, lautet diese. Männliche Kollegen mit Nachwuchs würden mit so etwas nicht konfrontiert.

Indes stimmen die drei Politikerinnen längst nicht bei allen Themen überein: Barbara Stamm lehnt im Gegensatz zu den beiden anderen die Frauenquote ab, plädiert dagegen für das Betreuungsgeld für junge Familien. Genau andersrum liegt es bei ihren zwei Gesprächspartnerinnen. „Ich könnte noch ein paar andere Themen ansprechen, bei der meine Mutter gleich hochgehen würde“, sagte Claudia Stamm. „Ich bin schon gelassener geworden“, entgegnete Barbara Stamm.

> ALEXANDRA KOURNIOTI